

Pressemitteilung vom 23.12.2022

Schluss mit Racial Profiling am Dresdner Hauptbahnhof, Bundespolizei in die Schranken weisen!

Seit vergangener Woche führt die Bundespolizei am Dresdner Hauptbahnhof in großem Umfang rassistische Kontrollen durch. Auch heute sollen aller Voraussicht nach wieder People of Color und Schwarze Menschen aus den Zügen geholt und umfassenden Kontrollen unterzogen werden. Die Infrastruktur, die dafür errichtet wurde – Zelte, Absperrwände, eine Vielzahl an Beamt:innen, das Verbringen der Menschen an zunächst unbekannte Orte – lässt auf eine umfassende Vorbereitung schließen. Die Hintergründe der Maßnahme werden aber bislang nicht öffentlich kommuniziert.

Dazu erklärt die Bundestagsabgeordnete und fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Clara Bünger:

„Ich war am Montag am Dresdner Hauptbahnhof und habe mit eigenen Augen gesehen, was dort geschieht. Beamt:innen der Bundespolizei kontrollieren in aus Tschechien kommenden Zügen ausschließlich Schwarze Menschen und People of Color. Sie steuern diese direkt an und holen sie aus den Zügen. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot in Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes. Gerichte haben mehrfach klargestellt, dass Kontrollen, die maßgeblich an die Hautfarbe der betroffenen Personen anknüpfen, unzulässig sind. Bundesinnenministerin Nancy Faeser muss diese rassistische Praxis stoppen.“

Die Europaabgeordnete Cornelia Ernst erklärt:

„An der Europarechtskonformität der Rechtsgrundlage, die die Bundespolizei für die massenhaften Kontrollen in Dresden heranzieht, gibt es seit Jahren erhebliche Zweifel. Es besteht der Verdacht, dass § 23 Abs. 1 Nr. 3 des Bundespolizeigesetzes systematische Grenzkontrollen ermöglicht, die gegen den Schengener Grenzkodex verstoßen. Nicht von ungefähr hatte die Kommission 2014 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Dieses wurde erst eingestellt, nachdem das Bundesinnenministerium am 7. März 2016 einen Erlass zur Anwendung von § 23 Absatz Nummer 3 BPolG veröffentlicht hat. Dieser enthält aber keine effektiven Einschränkungen hinsichtlich der Häufigkeit und Intensität der Kontrollen. Besser wäre es, die fragwürdige Rechtsnorm insgesamt abzuschaffen.“

Die asylpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag, Juliane Nagel, erklärt zum Sachverhalt:

„Ich finde es schockierend, dass erst durch offensives Nachfragen kritischer Akteur:innen vor Ort ermittelt werden konnte, dass die Menschen vom Dresdner Hauptbahnhof aus in Aufnahmeeinrichtungen verbracht werden. Außerdem stehen Spekulationen im Raum, dass Kinder von ihren Eltern getrennt wurden. Das muss dringend aufgeklärt werden. Sollten tatsächlich Familien auseinandergerissen worden sein, muss dies unbedingt rückgängig gemacht werden. Wie wenig Interesse die

Bundespolizei an Transparenz und Rechenschaft hat, zeigt sich auch darin, dass Beamt:innen einen Journalisten einschüchterten, weil dieser polizeiliche Maßnahmen filmte. Das geht gar nicht.“